

Frühfranzösisch-Flop wird korrigiert

Die Kantone lassen das vielkritisiertere Lehrmittel «Mille feuilles» überarbeiten

Von Thomas Dähler

Liestal. Fünf Jahre nach der Einführung des Französischunterrichts in den dritten Klassen des Basellands ist die Ernüchterung total: Die Erwartungen wurden nicht erfüllt. Die Gründe dafür sind auch in der Didaktik der Lehrmittel zu suchen: «Mille feuilles» gilt als Flop. Jetzt handeln die Regierungen der am Frühfranzösisch-Projekt Passepartout beteiligten Kantone der West- und Nordwestschweiz. «Mille feuilles» wird für die fünfte und sechste Klasse überarbeitet, wie dies aus einer Mitteilung der Bildungsdirektion hervorgeht. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch die Lehrmittel für die übrigen Stufen folgen werden.

«Es werden Brücken gebaut zwischen Französisch, Englisch, Deutsch und den Herkunftssprachen der Kinder», hiess es erwartungsvoll im Elternbrief des damaligen Bildungsdirektors Urs Wüthrich im Frühjahr 2012 zur neuen «Didaktik der Mehrsprachigkeit», die vor der Einführung stand. Den Eltern wurde angekündigt, ihre Kinder würden schon bald «ohne Hemmungen sprechen und schreiben». Und: «Die zu Beginn gemachten Fehler beeinträchtigen das spätere Erlernen der richtigen Form in keiner Weise.»

Kantone handeln

Das meiste dieser und weiterer Versprechungen erwies sich unterdessen als Illusion. Entsprechend handeln jetzt die Passepartout-Kantone. Es braucht einen Grundwortschatz, mehr Grammatik, alltagstaugliche Texte und auch einen neuen Umgang mit Fehlern, wenn Frühfranzösisch künftig erfolgreicher gelernt werden soll, als dies die Versuchskaninchen-Generation vermochte. Bereits heute unterrichten die Lehrkräfte mit vielen Ergänzungen und alternativem Lernmaterial, um die festgestellten Defizite zu beheben. Im jetzt beschlossenen neuen «Mille feuilles» dürfte entsprechend von der ursprünglichen Lernideologie nicht mehr viel übrig bleiben.



Ungenügendes Lehrmittel. Das heutige «Mille feuilles» soll durch eine verbesserte Version ersetzt werden. Foto Daniel Desborough

Frühfranzösisch wurde im Baselland im Schuljahr 2012/13 eingeführt. In den übrigen Passepartout-Kantonen war dies schon im Schuljahr 2011/12 der Fall. 2018 wird der erste Jahrgang die Volksschule verlassen. Die festgestellten Sprachkenntnisse und die durchgeführten Tests lassen nicht auf gute Erfahrungen schliessen. Das ist längst bekannt. Ein Zwischenbericht der offiziellen Evaluation durch das Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg ist auf Juni 2018 angekündigt. Doch zuwarten wollten die zuständigen Bildungsbehörden nicht: Die beteiligten Kantone sind übereingekommen, die Überarbeitung bereits beim Schulverlag plus in Auftrag zu geben. Die Erscheinungstermine sol-

len im ersten Halbjahr 2018 kommuniziert werden können.

Bereits im Februar 2018 soll zudem ein ergänzendes Lehrmittel mit Sprechsituationen im Alltag erscheinen. «On bavarde?» soll mithelfen, die festgestellten Sprechdefizite zu beheben und Situationen im Alltag zu üben. Den Kantonen werde «On bavarde?» zu einem vergünstigten Preis angeboten, heisst es in der Mitteilung der Baselländer Bildungsdirektion.

Volksinitiative hängt

Auch aus dem Kanton Baselland kam Druck, die unbefriedigende Situation zu beheben. Mit dazu beigetragen haben dürfte eine Initiative des Komitees Starke Schule Baselland, mit der

ein Ausstieg aus dem Passepartout-Projekt gefordert wird. «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» wurde im April 2016 eingereicht und dürfte dazu beigetragen haben, den jetzt eingeleiteten Rettungsversuch für das Projekt Passepartout zu starten. Der Stellenwert der Frühfremdsprachen ist grundsätzlich umstritten; das ungenügende Lehrmittel dürfte die unbefriedigende Situation jedoch zusätzlich verschärft haben.

Noch ist offen, wann die Initiative zur Abstimmung gelangt. Die Regierung beantragt dem Landrat die Nein-Parole – in der Hoffnung, die beschlossene Überarbeitung von «Mille feuilles» entspannt die Situation.

Da war mal was

Buchpreis und Pflichtzölibat

Von Thomas Gubler



Der Schweizer Schriftsteller Lukas Bärfuss nimmt mitunter kein Blatt vor den Mund. Sei es, dass er die politischen Verhältnisse in der Schweiz geisselt oder dass er,

wie jüngst, den Schweizer Buchpreis zum Abschuss freigibt. «Den Buchpreis in der heutigen Form muss man für tot erklären», schrieb Bärfuss in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Wenn wir schauen, wer den Preis in seiner noch jungen Geschichte bisher erhalten hat, dann finden sich darunter so bekannte Namen wie beispielsweise Rolf Lappert (2008), Ilma Rakusa (2009), Catalin Dorian Florescu (2011), Peter von Matt (2012) und eben auch Lukas Bärfuss selbst im Jahr 2014 für seinen Roman «Koala».

Und damals, vor drei Jahren, hat Lukas Bärfuss das Preisgeld von 30 000 Franken ohne Murren entgegengenommen. Die Forderung nach seiner Abschaffung datiert erst von diesem (Bücher-)Herbst. Es stehe zu befürchten, so Bärfuss' Begründung, dass Verbundfunktionäre über Nominierende und damit Preisträger entscheiden und keine unabhängige Jury. Nun, da man den Preis erhalten hat und die gleiche Ehre in der Regel niemandem zwei Mal zuteil wird, kann man getrost dessen Abschaffung verlangen.

Die Forderung des Schriftstellers erinnert mich an einen früheren Pfarrer in dieser Region – einen begnadeten Priester und Seelsorger und dazu erst noch einermassen fortschrittlich gesinnt. In einer Frage war er allerdings ziemlich konservativ. Von einer Abschaffung des Pflichtzölibats für katholische Priester wollte er nichts wissen. Seine Begründung dafür war so eigennützig wie ehrlich: Weil er selbst ein Leben lang zölibatär leben musste und im Falle einer Abschaffung dieser Vorschrift wohl keine Chance mehr auf ein Eheleben haben würde, sollten jüngere katholische Priester nun nicht plötzlich in diesen Genuss kommen. Also weiter wie bisher – ohne Frau und Kinder.

Mit Bärfuss vergleichen lässt sich der Pfarrer letztlich aber nur bedingt. Letzterer gönnt den anderen einfach «nur» das nicht, was man ihm ein Leben lang vorenthalten hat. Das ist zwar nicht gerade visionär, aber irgendwie verständlich. Schliesslich sind auch Priester nur Menschen.

Ich persönlich halte den Buchpreis für eine gute Sache. Aufgrund meiner Interessenlage stehe ich diesem auch komplett neutral gegenüber. Denn zum einen habe ich ihn noch nie erhalten und zum andern ist die Chance denkbar klein, dass man mich jemals damit auszeichnet. thomas.gubler@baz.ch

Nachrichten

43 Einsprachen gegen Liestaler Vierspurausbau

Liestal/Bern. Gegen das Vierspurausbauprojekt der SBB in Liestal regt sich Widerstand. Wie die *Basellandschaftliche Zeitung (bz)* in ihrer gestrigen Ausgabe berichtet, sind beim Bundesamt für Verkehr (BAV) 43 Einsprachen eingegangen, darunter eine von 23 Personen unterzeichnete Sammelleinsprache. Laut der *bz* befürchten diese Einsprecher aus dem Schieri-Quartier, dass sie durch die Aufhebung des ebenerdigen Übergangs vom Stedti abgehängt werden.

Autolenkerin fährt Knaben an

Sissach. Eine 62-jährige Autofahrerin hat am Montagabend auf der Bahnhofstrasse in Sissach einen Knaben angefahren, als dieser in einer Gruppe unvermittelt die Strasse überquerte. Der Knabe wurde zu Boden geschleudert und entfernte sich nach einem kurzen Wortwechsel. Die Polizei sucht Zeugen.

SVP und FDP blitzen mit Steuersenkung ab

Einwohnerrat hebt Fahrverbot an Benkenstrasse auf

Von Rolf Zenklusen

Binningen. Mit ihrem Plan, den Steuerfuss um zwei auf 46 Prozentpunkte zu senken, sind FDP und SVP im Binninger Einwohnerrat gescheitert. Trotz Mithilfe von Karl J. Heim (CVP) kamen sie nur auf 18 Stimmen; 18 Einwohnerräte (SP, Grüne und der Rest der CVP) stimmten gegen tiefere Steuern. Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt (FDP) musste keinen Stichentscheid fällen: Für eine Veränderung des Steuerfusses braucht es eine Zweidrittelmehrheit.

Dank einmaligen Sondereffekten bei den Steuereinnahmen zeigt das Budget 2018 einen Überschuss von 10,6 Millionen. Mit Blick darauf meinte Christoph Maier (FDP), tiefere Steuern wären «ein Zeichen der Loyalität» an die Steuerzahler. Da ab 2019 nur knappe Überschüsse absehbar sind, wäre die FDP bereit, den Steuerfuss dann wieder zu erhöhen. Binningen müsse steuertechnisch wettbewerbsfähig sein, ergänzte Urs Brunner (SVP).

Rauf und runter unerwünscht

Es stünden hohe Investitionen an, etwa für das Schulhaus, warnte Susanne Tribolet (SP). Auch Karin Glaser (Grüne) verwies auf hohe Investitionen; Thomas Hafner (CVP) fügte hinzu, dass der Steuersatz nach einem Jahr wieder steige, sei nicht garantiert. Gemeinderat Christoph Anliker (SVP) wollte die Steuern ebenfalls nicht senken, «um ein Rauf und Runter zu verhindern und kommende Investitionen finanzieren zu können».

Der Einwohnerrat diskutierte auch ein jahrzehntelanges Verkehrspolitikum. Mit 21 zu 15 Stimmen beschloss

der Rat, in der Benkenstrasse das einseitige Fahrverbot in Richtung Bottmingen zu entfernen. Dafür stimmten FDP, SVP und CVP. Demgegenüber hatte der Gemeinderat vorgeschlagen, ein beidseitiges Fahrverbot einzurichten, jedoch den Zubringerdienst für den Bertschenacker auf Bottminger Seite zuzulassen. Dafür sprach sich Stephan Appenzeller (SP) aus: «Wir gewichten die Interessen der Anwohner höher als das Bedürfnis, möglichst schnell von A nach B zu kommen.» Anand Jagtap (Grüne) sah es genauso.

Künftig elektronisch abstimmen

Die Aufhebung des Fahrverbots sei viel gerechter, sagte Urs Brunner (SVP). Andrea Alt-Schmidlin (CVP) betonte, man müsste Binninger und Bottminger gleich behandeln. Peter Heiz (FDP) und Roman Oberli (FDP) wollten wissen, wie viele Autos dort durchfahren. «Das können wir machen», sagte Gemeinderätin Caroline Rietschi (SP). Allerdings dürfte es schwierig werden, die Aufhebung des Fahrverbots durchzusetzen: 1975 hatte Binningen den Bottmingern versprochen, den neuen Verkehr aufzunehmen, der bei der Überbauung des Bertschenackerquartiers entsteht. Das Versprechen war von Gerichten und der Kantonsregierung als verbindlich erklärt worden.

Grossmehrheitlich bewilligte das Parlament 13 800 Franken für eine elektronische Abstimmungsanlage, wie es die SVP vorgeschlagen hatte. Dank der Anlage gebe es keine Fehler mehr bei der Auszählung der Stimmen; die Sitzungen würden effizienter, was zu Einsparungen führe, sagte Roman Oberli (SVP). Nein-Stimmen kamen von der SP sowie von Peter Heiz (FDP).

Tickende Kostenbombe Spitalfusion

Das letzte Wort zur Spitalgruppe ist noch nicht gesprochen

Von Daniel Aenishänlin

Liestal. Es kann nicht weitergehen wie bisher. Darin waren sich die Podiumsteilnehmenden einig. Ob jedoch die Fusion des Kantonsspitals Baselland (KSBL) und der Universitätsklinik Basel (USB) zur Spitalgruppe die Lösung darstellt, darüber herrschte keine Einigkeit. «Es gibt wohl keinen Königsweg», folgerte Landrat Sven Inäbnit (FDP). Mit ihm diskutierten der Baselländer Gesundheitsdirektor Thomas Weber (SVP), Landrätin Regula Meschberger (SP) sowie Stefan Felder, Professor für Health Economics an der Uni Basel. Die von den Jungfreisinnigen veranstaltete Podiumsdiskussion leitete *BaZ*-Redaktor Thomas Dähler.

Der Leitsatz der Podiumsdiskussion, «Spitalfusion – eine tickende Kostenbombe», sei doch ein wenig übertrieben, meinte Stefan Felder, «die Kosten aber beunruhigen». Letztlich plädierte er für eine Privatisierung: «Die Kantone sollten sich zurückziehen und sich als Überwacher betätigen.» Inäbnit sagte, es führe zu Interessenkonflikten, wenn der Kanton gleichzeitig als Eigentümer, Regulator, Besteller und Aufsicht agiere. «Es gibt jedoch keinen komplett richtigen Weg, weshalb sich die Politik auch so schwertut.» Die FDP wolle zuerst alle Alternativen beleuchten, um dann zu einem Schluss zu gelangen.

Kein Wettrüsten

Vor rund 40 Gästen in der Kantonsbibliothek warb Regierungsrat Weber für die Spitalgruppe. «Wenn beide alleine weitermachen, sind sie langfristig nicht in der Lage, zu überleben», warnte er. Die Spitalgruppe führe zu einer Dämpfung des Kostenwachstums, einer optimierten Grundversorgung und nicht zuletzt zum Erhalt der Forschung am USB. Weber sprach von vielen Synergien, die genutzt werden kön-

nen, was die Kosten ebenso senke wie der nötige Bettenabbau sowie die Trennung von stationärer und ambulanter Behandlung. «Wir wollen die Angebote bündeln», erklärte Weber, «auf ein Wettrüsten im Konkurrenzkampf aber gerne verzichten.»

Eine Privatisierung der Spitäler kommt für Regula Meschberger nicht infrage: «Das ist auf Verfassungsebene bereits so geregelt, weil es dem Wunsch der Bevölkerung entspricht.» Sie habe keine Probleme damit, dass es neben staatlich geführten Spitalern private gebe. Die Privatisierung sei jedoch nicht das allein Glückmachende, denn gerade durch Spitalprivatisierungen seien die Gesundheitskosten gestiegen. «Ich bin mir alles andere als sicher, dass private Spitäler alle Dienstleistungen erbringen würden, von denen wir heute profitieren», zweifelte Meschberger. Was keinen Gewinn abwerfe, werde auch nicht angeboten.

Während Stefan Felber unbeirrt von «Musik» in seinen Ohren sprach, wenn etwa die Hirslanden-Klinik ein Angebot fürs KSBL abgeben würde, forcierte Thomas Weber weiter die Idee der Spitalgruppe. «In der Schweizer Gesundheitspolitik sagen alle, es bestehe Handlungsbedarf, weil die Kosten zu stark steigen», argumentierte er, «aber keiner bewegt sich.» Die Spitalgruppe betrachtet er als ein Signal. Andere Kantone könnten nachziehen.

Sven Inäbnit betonte, es sei nun zwingend, dass Baselland und Basel-Stadt dieselbe Politik machten. Die Gretchenfrage sei, welche Mittel es dazu brauche. Gleichzeitig wies er auf eine weitere Herausforderung hin. Zwei Systeme müssten zusammengeführt werden mit unterschiedlichen Löhnen und Pensionskassen. In einem Punkt wird er kaum einen Gegner finden. Wenn er sagt: «Wir wollen die beste Qualität zum günstigsten Preis.»